

STEUERPOLITIK

IN KOOPERATION MIT  POLITIKMONITORING

Steuerpolitik 2014.38 vom 12.09.2014

→ TOP-ISSUES

GUTACHTEN IM AUFTRAG DES BMF ZUR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Am vergangenen Dienstag, den 09.09.2014 wurde ein Gutachten über die finanziellen und realwirtschaftlichen Auswirkungen einer europäischen Transaktionssteuer (FTT) veröffentlicht, das im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) im März 2014 erstellt worden war. Darin haben die Experten das Einnahmepotential aus der geplanten FTT für den deutschen Fiskus auf mindestens 17,6 Mrd. Euro geschätzt. Da dieses Ergebnis nicht exakt messbare Effekte möglicher Ausweichreaktionen beinhaltet, sei die Schätzung mit Vorsicht zu bewerten, so die Verfasser des 75 Seiten starken Gutachtens der Beratungsfirma „Copenhagen Economics“.

Ausgangspunkt der Studie ist eine Bemessungsgrundlage mit dem Wert aller in Deutschland oder von deutschen Finanzinstituten gehandelten Wertpapiere i. H. v. 274,3 Billionen Euro. Grundlage der Berechnungen ist die Besteuerung des Verkaufs eines Wertpapiers mit 0,1 % (Derivate mit 0,01 %). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

OECD: ERSTE EMPFEHLUNGEN ZU BEPS

Am kommenden Dienstag wird die OECD erste Empfehlungen zu BEPS abgeben. Diese sollen in einem Webcast veröffentlicht werden und am 20./21.09. anlässlich des G20-Treffens der Finanzminister in Australien zur Diskussion stehen. Unter anderem sind zu folgenden Themen erste Empfehlungen vorgesehen: Besteuerung der digitalen Wirtschaft (Aktion 1), Abkommensmissbrauch (Aktion 6), Verrechnungspreise und immaterielle Vermögenswerte (Aktion 8), Verrechnungspreisdokumentation und Country-by-Country Reporting (Aktion 13).

Hintergrund: <http://goo.gl/iZ7b6f>

STRUKTURWANDEL BEI DER EU-KOMMISSION

Am Mittwoch, den 10.09.2014 wurde die neue Kommission vorgestellt. Jean-Claude Juncker hat einige Veränderungen in der Ressortverteilung vorgenommen, was zu einem Neuzuschnitt und zu Ressortverschiebungen führt. Dabei wird es keine eigenständige Generaldirektion TAXUD mehr geben. Dieser Bereich wird künftig dem Kommissar für „Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll“ zugeordnet. Überdies wird der Bereich „Binnenmarkt“ mit „Industrie, Unternehmen und KMU“ zusammengeführt.

Hintergrund: <http://goo.gl/wiaGp9>

EDITORIAL

Liebe Leser,

die steuerpolitische Überraschung der Woche war die von Finanzminister Schäuble in Betracht gezogene Integration des Soli in die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Debatte spielt eine Rolle im Zusammenhang mit der Diskussion um den Finanzausgleich der Länder, der bis 2019 neu aufgestellt sein soll, und dem Versprechen, den Soli im selben Jahr auslaufen zu lassen. Es folgte kein Dementi, aber – nachdem die Wirtschaft ihre Sorge um Steuererhöhungen geäußert hatte – der prompte Hinweis darauf, dass die Diskussion noch nicht festgezurrert sei, es sich nur um Umverteilungen handle und Steuererhöhungen in dieser Legislatur nicht anstünden. Das Signal ist gleichwohl negativ, da dem Vorurteil, einmal eingeführte Steuern blieben auf Dauer, Vorschub geleistet wird. Zumal auch gleichzeitig von der Politik – zuletzt auch in der Haushaltsdebatte im Bundestag in dieser Woche – die schwarze Null gepriesen wird. Steuerentlastungen seien vor diesem Hintergrund nicht machbar. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von rund 18 Mrd. Euro verspricht zwar ein Gutachten zur Finanztransaktionssteuer. Jedoch betont das Bundesfinanzministerium richtigerweise, dass die Annahmen in der Studie nicht mehr dem aktuellen Verhandlungsstand entsprächen. Auf die Finanztransaktionssteuer kann jedenfalls nicht gesetzt werden, wenn es um neue Spielräume für Entlastungen geht.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 2 Ausgaben zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1–10

→ OUTGOING 11–12

vom 06.09. bis 12.09.2014

1. Lesung im Bundestag zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Unterrichtung durch die Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2014 bis 2018

Allgemeine Finanzdebatte

u. a.

→ BFH-URTEILE 13–14

vom 10.09.2014

→ BMF-SCHREIBEN 15

vom 05.09. bis 11.09.2014

→ STATUS 16–23

zum 12.09.2014

Referentenentwurf: Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Referentenentwurf: Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 24–25

vom 13.09. bis 19.09.2014

Bundestag: keine Sitzung, nächste Sitzungswoche 22. – 26.09.2014

Bundesrat: 925. Sitzung u. a. zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

FACHVERANSTALTUNG IM BUNDESFINANZMINISTERIUM ZU BEPS

In der kommenden Woche, am 18.09., werden die Berichte zu sieben der 15 OECD-Aktionspunkte zu BEPS veröffentlicht und von den G20-Staaten am 20.09. beschlossen. Der Zeitpunkt der Veranstaltung im Bundesministerium der Finanzen (BMF) am gestrigen Donnerstag, den 11.09. zum Thema BEPS war daher perfekt gewählt. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

ABSCHAFFUNG DES SOLIDARITÄTZUSCHLAGS STEHT ZUR DISKUSSION

Vor dem Hintergrund der Bund-Länder-Gespräche zur Neufassung des Finanzausgleichs wird dem Vernehmen nach über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags (Soli) bei gleichzeitiger Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer diskutiert. Einzelheiten hierzu wurden jedoch nicht bekannt. Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums der Finanzen Steffen Kampeter (CDU) verwies in der vergangenen Woche darauf, dass es in der Sache noch keinesfalls Festlegungen gäbe. (...)

Die vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

BMF: BETRIEBSSTÄTTENGWINNAUFTEILUNGSVER- ORDNUNG AN BUNDESRAT ÜBERSANDT

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat die finale Fassung der Verordnung zur Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf Betriebsstätten nach § 1 Abs. 5 des Außensteuergesetzes (Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung - BsGaV) an den Bundesrat weitergeleitet. (...)

Die vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH-URTEILE UND URTEIL DES FG KÖLN

Diese vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 7](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de



BESTELLFAX AN 030. 290 21 11 4 -30



PROBEABONNEMENT

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BID.AG

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für zwei Ausgaben für Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die beiden kommenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
-

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter monitoring.tagesspiegel.de

REDAKTION

Für Fragen steht Ihnen die Chefin vom Dienst zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.290 21 11 4 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -20

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -23

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -21

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Der Tagesspiegel
Redaktion Berliner Informationsdienst
Askanischer Platz 3
10963 Berlin
monitoring.tagesspiegel.de